

# STALINIST

Organ des Gnadenflurer KK der KP(B)SU und des KVK

№ 25-26-27 | Sonntag, den 28. März 1937 | 3. Jahrg.

*Unsere Propaganda muß so gestellt werden, daß die Aufgabe jedes Propagandazirkels, jeder Schule eine solche Erziehung der Kommunisten sei, bei welcher die Vervollständigung des Wissens und die Vervollkommnung der Parteimitglieder in der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Erziehung aktiver Propagandisten für die Sache der Partei sei. Das ist es, was man in unserer Propagandaarbeit als eines ihrer wichtigsten Prinzipien im Auge haben muß.*

(Aus dem Bericht des Gen. SHDANOW)

## Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der SSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

### I. Die Wendung im politischen Leben des Landes und unsere Aufgaben

Genossen! In Verbindung mit der Annahme der neuen Konstitution der UdSSR stehen uns die Wahlen in den Obersten Sowjet der UdSSR und in die Sowjets der Deputierten der Werktätigen von oben bis unten, nach dem neuen Wahlsystem bevor. Vor unserer Partei erhebt sich die Aufgabe der Vorbereitung zu den Wahlen.

Der Charakter dieser Vorbereitung, ihr Umfang, der Maßstab und die damit verbundene Umgestaltung der Parteiarbeit wird von der Tiefe jener Umbildungen bestimmt, die aus der neuen Konstitution für das politische Leben unseres Landes folgern.

Die Einführung der neuen Konstitution bedeutet eine Wendung im politischen Leben des Landes. Das Wesen dieser Wendung besteht in der weiteren Demokratisierung des Wahlsystems im Sinne der Ersetzung der nicht ganz gleichen Wahlen in die Sowjets—durch gleiche, der vielstufigen—durch direkte, der offenen—durch geschlossene.

Die Einführung der neuen Konstitution wirft jegliche Einschränkung, die bisher für die sogenannten Stimmrechtsverlustigen bestanden, beiseite.

Wenn früher, vor der Einführung der neuen Konstitution, die Wahlen in die Sowjets nicht gleiche waren, so ist jetzt die Notwendigkeit der Einschränkung der Wahlen weggefallen und alle Bürger haben das Recht, an den Wahlen auf gleichen Grundlagen teilzunehmen.

Wenn früher die Wahlen der mittleren und höchsten Machtorgane vielstufige waren, so werden jetzt die Wahlen entsprechend der neuen Konstitution in alle Sowjets von allen Bürgern unmittelbar auf dem Wege direkter Wahlen vorgenommen werden.

Wenn früher, nach der alten Konstitution, die Abstimmung bei den Wahlen eine offene war und nach Listen durchgeführt wurde, so ist jetzt die Abstimmung bei den Wahlen, entsprechend der neuen Konstitution, eine geheime und nach einzelnen Kandidaten, die von den Wahlkreisen aufgestellt werden.

Und schließlich führt die Konstitution die allgemeine Volksbefragung, das sogenannte Referendum ein.

Was bedeuten diese Veränderungen im Wahlsystem?

Sie bedeuten eine Verstärkung der Kontrolle der Massen in bezug auf die Sowjetorgane und eine Verstärkung der Verantwortlichkeit der Sowjetorgane in bezug auf die Massen. Das neue Wahlsystem festigt die Verbindung der vom Volk Auserwählten mit den Wählermassen. Es gibt einen mächtigen Anstoß zur Verbesserung der Arbeit der Sowjetorgane, zur Liquidierung der bürokratischen Mängel und Verzerrungen in der Arbeit unserer Sowjetorganisationen, diese Mängel aber sind, wie Sie wissen, sehr wesentlich.

Die Folge der Einführung des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung wird eine weitere Verstärkung der politischen Aktivität der Massen, die Heranziehung neuer Schichten der Werktätigen an die Arbeit der Verwaltung des Staates sein.

Damit wird die Diktatur des Proletariats biegsamer und folglich ein mächtigeres System der staatlichen Leitung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, die Basis der proletarischen Diktatur erweitert sich, ihre Grundlage wird eine festere.

Der Leninismus lehrt:

„Die Diktatur des Proletariats hat ihre Perioden, ihre besonderen Formen, ihre verschiedenartigen Arbeitsmethoden. In der Periode des Bürgerkrieges ist das Moment der Gewalt in der Diktatur besonders augenfällig... In der Periode des Aufbaues des Sozialismus fällt um-



gekehrt die friedliche, organisatorische, kulturelle Arbeit der Diktatur, die revolutionäre Gesetzlichkeit usw. besonders auf. Aber daraus folgt wiederum keineswegs, daß das Moment der Gewalt in der Diktatur während der Periode des Aufbaus wegfällt oder wegfallen kann. Die Repressivorgane, die Armee und andere Organisationen sind jetzt, in der Zeit des Aufbaus, nicht minder nötig, als in der Periode des Bürgerkrieges. Ohne das Vorhandensein dieser Organe ist keine einigermaßen gesicherte Aufbauarbeit der Diktatur möglich. Man darf nicht außer acht lassen, daß die Revolution vorläufig nur in einem Lande gesiegt hat. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß, solange es eine kapitalistische Umkreisung, auch die Gefahr der Intervention mit allen sich daraus ergebenden Folgen bestehen bleibt. (Stalin „Zu den Fragen des Leninismus“.)

Daß neben den friedlichen, organisatorischen und kulturellen Seiten unserer Diktatur die Notwendigkeit ihrer repressiven Seiten nicht weggefallen sind, zeigt anschaulich die eben von uns behandelte Frage in der Angelegenheit Bucharin-Rykow. Die Diktatur der Arbeiterklasse muß auch im weiteren mit rücksichtsloser Hand den Widerstand der Überbleibsel der feindlichen kapitalistischen Klassen und der Agenten der faschistischen Bourgeoisie—der Trotzkiisten Sinowjewisten, der Rechten und anderer Feinde des Volkes überwinden.

Genosse Stalin lehrte uns, daß wir eine starke und mächtige Diktatur der Arbeiterklasse haben müssen, um die letzten Ueberbleibsel der absterbenden Klassen im Staub zu verwehen und ihre Diebesmachinationen zu zerschlagen.

Die Durchführung demokratischer Wahlen—das ist eine sehr ernste Sache. Das ist ein sehr ernstes Examen für unsere Partei im Sinne der Prüfung ihrer Verbindungen mit den Massen, der Arbeitsfähigkeit und der Autorität unserer Parteiorganisationen in den Massen. Die Durchführung der Wahlen verlangt eine gewaltige Anstrengung aller Kräfte unserer Partei.

Um dieser Wendung im politischen Leben unseres Landes vollgerüstet zu begegnen, muß sich unsere Partei an die Spitze dieser Wendung stellen und ihre führende Rolle bei den Wahlen der Obersten Organe des Landes sicherstellen.

Was heißt es, die führende Rolle der Partei bei den Wahlen in die Obersten Organe leiten und sicherstellen? Welche Aufgaben wird die Partei lösen müssen?

Vor allem muß man im Auge haben, daß unsere Funktionäre es mit einer gewissen Neuheit der Lage zu tun haben werden. Wir führen die Wahlen zum erstenmal nach dem neuen Wahlsystem durch. Wir haben keine Fertigkeiten bei der Wahl einzelner Kandidaturen nach dem Prinzip der geheimen Abstimmung usw. Das stellt für unsere Parteiorganisationen eine gewisse Schwierigkeit dar.

Zweitens, an der Spitze der Wendung im politischen Leben unseres Landes stehen und die Wahlen leiten—das heißt, die volle Beachtung des neuen Wahlsystems, das von der Konstitution festgesetzt ist, zu sichern, d. h. das Prinzip des allgemeinen, direkten, gleichen Wahlrechts bei geheimer Abstimmung streng einzuhalten. Das heißt, daß unsere Parteiorganisationen unser neues Wahlgesetz vor jeglichen Verzerrungen wie ihren Augapfel behüten müssen.

Drittens, unsere Parteiorganisationen müssen zum Wahlkampf bereit sein. Bei den Wahlen werden wir es mit feindlicher Agitation und feindlichen Kandidaturen zu tun haben. Daß eine solche Möglichkeit real ist, ist daraus ersichtlich, daß schon jetzt eine gewisse Belebung sowjetfeindlicher Elemente gerade in Verbindung mit den bevorstehenden Wahlen vorhanden ist. Unsere Parteiorganisationen müssen die Versuche feindlicher Elemente, die legalen Möglichkeiten auszunutzen, die ihnen die neue Konstitution gewährt, in voller Ausrüstung begegnen.

Solange unsere Leute schlummern und sich in Schwung setzen, handeln unsere Feinde schon und bereiten sich kräftig zu den Wahlen vor.

Viertens, die geheime und personelle Abstimmung wird zum Unterschied von der offenen Abstimmung und der Abstimmung nach Listen eine Steigerung der Verantwortung der Partei für jede aufgestellte Kandidatur bedeuten. Um gewählt zu werden, müssen unsere Kandidaten den Wählern des Bezirks, wo sie aufgestellt werden, gut bekannt sein, muß ihre Tätigkeit den Wählern gut bekannt sein.

Die Prüfung durch geheime Abstimmung wird eine gründlichste Prüfung unserer Funktionäre sein, denn die geheime Abstimmung bietet bedeutend breitere Möglichkeiten der Ablehnung der vom Standpunkte der Massen unerwünschten und untauglichen Kandidaturen, als dies bisher war. Dies muß man sich klar vorstellen.

Fünftens, es muß die schädliche Psychologie überwunden werden, die bei einigen unserer Partei- und Sowjetarbeiter besteht, die annehmen, man könne das Volksvertrauen unentgeltlich bekommen und ruhig schlafen und warten, bis die Deputiertenmandate unter Beifallsturm, kraft der früheren Verdienste ins Haus gebracht werden. Das Vertrauen unentgeltlich bekommen,—damit wird bei der geheimen Abstimmung nichts herauskommen.

Wir haben in den Partei- und Sowjetorganisationen eine verhältnismäßig bedeutende Schicht von Funktionären, die glauben, ihre Aufgabe sei eigentlich schon dann beendet, wenn sie in den Sowjet gewählt sind. Davon spricht eine große Anzahl verantwortlicher Arbeiter, die die Plenums der Sowjets, die Deputiertengruppen und die Sektionen unserer Sowjets nicht besuchen, sich von der Erfüllung der elementarsten Deputiertenpflichten drücken.

Derartige Ueberbleibsel in der Psychologie unserer Funktionäre müssen gebrochen werden, man muß bei unseren Funktionären das Bewußtsein ihrer Verantwortung vor den Wählern erziehen und dabei berücksichtigen, daß jeder Auserwählte von den Massen selbst gründlich und allseitig besprochen und geprüft wird.

(Fortsetzung auf der 2. Seite)



# Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der SSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

Es wäre ein grober Fehler, den Kampf gegen diese Ueberbleibsel bis zum Moment der Wahlen zu verlegen. Wir müssen uns ohne Zögern mit der unentwegten Verbesserung der Arbeit unserer Sowjetorganisationen, deren Verbindung mit den Massen, der Verstärkung der Verantwortung unserer Sowjetarbeiter vor den Massen befassen.

Sechstens, schon jetzt muß bei den Funktionären das Bewußtsein dessen erzogen werden, daß das neue Wahlsystem eine bedeutend breitere Öffentlichkeit in der Tätigkeit der Sowjetorganisationen bedeutet und daß deren Tätigkeit vor den Augen der Massen verlaufen wird, daß ihre Verantwortung vor den Massen eine bedeutend vollere sein wird. Viele Sowjetdeputierte—Mitglieder unserer Partei sind gewöhnt, nur vor ihrer Parteiorganisation zu verantworten. Viele unserer Sowjetfunktionäre aus den Leuten, die zu Bürokratismus neigen, große Mängel in der Arbeit haben, sind eher bereit, vor dem Büro des Parteikomitees, im engen familiären Kreise Rechenschaft über ihre Arbeit abzulegen, als vor das Plenum des Sowjets zu treten, sich kritisieren zu lassen und die Kritik der Massen anzuhören. Mit solch einer Praxis der Verantwortungslosigkeit muß Schluß gemacht werden.

Siebtens, an der Spitze der Wendung im politischen Leben des Landes stehen und die demokratischen Wahlen sichern—das heißt, daß unsere Parteiorganisationen nicht warten dürfen, bis die Massen sie von unten hinsichtlich der Kritik und Ablehnung unserer Kandidaturen anstoßen, sondern selbst an der Spitze der Kritik und der Ablehnung ungeeigneter Kandidaturen stehen müssen, ohne deren Durchfallen bei der geheimen Abstimmung abzuwarten. Dabei müssen unsere Parteiorganisationen lernen, die freundschaftliche Kritik von der feindlichen zu unterscheiden. Bei uns kommt es nicht selten so vor, daß die Unzufriedenheit der Werktätigen mit einzelnen Mängeln und Verzerrungen in der Tätigkeit unserer Sowjetorgane als feindliche Kritik eingeschätzt und betrachtet wird. Das Geschick, die freundschaftliche Kritik, die manchmal sehr scharf ist, von der Kritik des Feindes zu unterscheiden, verlangt von unseren Parteiorganisationen ein hohes Niveau der partei-politischen Erziehung und großes Feingefühl.

Während der neuen Wahlen sind Versuche der Agitation gegen unsere Kandidaten seitens feindlicher Elemente möglich. Unsere Funktionäre haben nicht wenig schwierige Kampagnen auf verschiedenen Abschnitten der Beschaffungsarbeit, des Bauwesens usw. zu führen, und derartige Kampagnen kommen nicht ohne gewissen Druck aus. Das gehört zum Begriff der Diktatur der Arbeiterklasse. Wir verzichten auch weiterhin nicht auf diesen Druck, und es wäre lächerlich, darauf zu verzichten. Es wird offenbar auf dieser Linie Demagogie betreffs Aufbaus aller Arten von Mängeln unserer Funktionäre geben. Die Rede ist von den Kadern unserer Dorfsowjetarbeiter, der Arbeiter der Rayonvollzugskomitees und so weiter. Die Parteiorganisationen müssen verstehen, diese Leute in Schutz zu nehmen. Das darf nicht außer acht gelassen werden.

Achtens, die Frage bezüglich der Parteiloosen. Es wäre sehr schädlich und gefährlich, wenn bei den neuen Wahlen die Fehler wiederholt werden würden, die in der alten Praxis der Wahlen vorkamen und die in unaufmerksamen Verhalten zu den Kandidaturen der Parteiloosen bestanden, wo zwecks Sicherstellungen des Parteieinflusses in den Sowjets die parteiloosen Kandidaturen nicht die notwendige Aufmerksamkeit und Unterstützung genossen, die aus den Grundlagen des bolschewistischen Verstehens der Leitung und Verbindungen mit den Massen hervorgeht. Behaltet im Auge, daß es in unserem Lande 2 Millionen Kommunisten gibt, Parteiloose aber „etwas“ mehr. Demnach müssen wir, wenn wir an der Spitze der Wahlen stehen wollen, unseren Einfluß und die Verbindungen mit den Parteiloosen verstärken und die parteiloosen Kandidaturen, die das Vertrauen der Massen genießen, unterstützen, aber nicht verdrängen.

Derart sind einige Fragen, die die Leitung und Organisation der Vorbereitung zu den Wahlen betreffen. Sie traten auf die Tagesordnung nicht in der Weise ferner Perspektiven, sondern als kampfgemäße, gänzlich unaufschiebbare und brennende Aufgaben.

## II. Die Verletzung des Wahlprinzips der Parteiorgane ist mit Organisationsprinzipien des Bolschewismus unvereinbar

Was wird von der Partei verlangt, damit sie an der Spitze der neuen, bis zu Ende demokratischen Wahlen stehen kann? Welches sind die Hauptbedingungen, die die Leitung der Partei bei der Wendung im politischen Leben des Landes sichern?

Dazu ist erforderlich, daß die Partei selbst eine konsequente demokratische Praxis durchführe, daß sie bis zu Ende im innerparteilichen Leben die Grundlagen des demokratischen Zentralismus durchführe, wie es das Statut unserer Partei verlangt, daß die Partei selbst alle notwendigen Bedingungen besitze, kraft deren alle Organe der Partei gewählt seien, daß die Kritik und Selbstkritik im Innern der Partei sich in vollem Maße entwickle, daß die Verantwortung der Parteiorgane gegenüber der Parteimasse eine volle und daß die Parteimasse selbst vollständig aktiviert sei.

Der Leninismus lehrt, daß der Aufschwung der Aktivität der Arbeiterklasse, den wir im Zusammenhang mit der bis zu Ende durchgeführten Sowjetdemokratie erstreben, eine ernste und große Sache ist. Um die Aktivität der Arbeiterklasse zu steigern, muß vor allem die Partei selbst aktiviert werden. Es ist notwendig, daß die Partei selbst fest und entschlossen den Weg der innerparteilichen Demokratie betrete, daß unsere Organisationen die breiten Massen der Partei, die das Schicksal unserer Partei schmieden, in die Behandlung der Fragen unseres Aufbaus hereinziehen. Ohne dieses kann von einer Aktivierung der Arbeiterklasse nicht einmal gesprochen werden. Dies lehrt uns Genosse Stalin.

Kann wohl gesagt werden, daß alle unsere Parteiorganisationen schon bereit sind, diese Bedingungen zu erfüllen, und daß sie sich bereits auf demokratische Bahnen umgestellt haben?

Leider kann dies mit voller Ueberzeugtheit nicht gesagt werden.

Welches sind die Tatsachen, die davon zeugen, daß dies nicht mit voller Ueberzeugtheit gesagt werden kann?

Davon spricht die in manchen Organisationen vorhandene Praxis der Verletzungen des Parteistatuts und der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus.

Welches sind die Verletzungen? Vom Parteistatut wird, wie bekannt, die Durchführung der Wahlen der Komitees der primären Organisationen einmal im Jahr, der Stadt- und Rayonkomitees einmal im Jahr, der Gebiets-, Gaukomitees und Zentralkomitees der nationalen Kommunistischen Parteien einmal in anderthalb Jahren vorgeschrieben. So lautet das Statut.

Wenn man sich an die Praxis wendet, so sprechen die Tatsachen davon, daß diese Forderung des Statuts bei uns in einer ganzen Reihe von Organisationen verletzt wurde. Während der letzten zwei, drei Jahre wurden die Wahlen der Gebiets-, Gaukomitees und ZK der nationalen Kommunistischen Parteien nur in denjenigen Organisationen durchgeführt, die neu, im Zusammenhang mit der Formierung neuer Gebiete (die Kalininer, Kraßnojarsker, Omsker, Orenburger und Jaroslawler Organisation) gebildet wurden. Die Mehrzahl unserer Gebiets Gaukomitees und ZK der nationalen Kommunistischen Parteien, Stadtkomitees, Rayonkomitees und primären Parteikomitees existiert seit der Periode des XVII. Parteikongresses, d. h. seit einer Periode, wo die allgemeine Kampagne der Wahlen der Parteiorgane stattfindet. Ausnahmen von dieser Lage bilden, wie ich bereits sagte, die neuen Gauen und Gebiete, sowie auch einzelne Rayon- und Stadtkomitees, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Durchfallen der Parteiarbeit.

Also die Gesetze unserer Partei wurden über den Haufen geworfen, obwohl wir auf das Statut schwören, es in Zirkeln einpauken, während der Prüfung und des Austausches der Parteidokumente von jedem Parteimitglied das Kennen des Statuts forderten. Es stellt sich bei der Prüfung heraus, daß wir selbst uns unzulässig liberal zu unseren eigenen Parteigesetzen verhalten.

Vom Statut unserer Partei wird weiter die Wählbarkeit aller leitenden Organe der Partei von oben bis unten vorgeschrieben. Dies verlangt

das Grundprinzip des organisatorischen Aufbaus unserer Partei—das Prinzip des demokratischen Zentralismus.

Der Paragraph 18 des Parteistatuts lautet: „Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus, der bedeutet:

a) Wählbarkeit aller führenden Organe der Partei von oben bis unten;  
b) periodische Rechenschaftsablegung der Parteiorgane vor ihren eigenen Parteiorganisationen;

c) strenge Parteidisziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit;

d) die unbedingte Pflicht der unteren Organe und aller Mitglieder der Partei, die Beschlüsse der höheren Parteiorgane durchzuführen.“

Dieses organisatorische Grundprinzip unserer Partei wurde in einer Reihe Organisationen verletzt. Den Mitgliedern des Plenums ist wahrscheinlich schon bekannt, zu welcher schädlichen Folgen die Praxis der Verletzung des Parteistatuts in der Kiewer, Arow-Schwarzmeer- und anderen Organisationen für unsere Parteisache geführt hat, wo die Mißachtung des Statuts im Sinne der Abweichung vom Wahlsystem zu empörender Vernachlässigung der Parteiarbeit führte und das Eindringen feindlicher Elemente in die leitenden Parteiorgane begünstigte.

Eine solche ernste Verletzung des Statuts unserer Partei in bezug auf die Wählbarkeit ist die durch nichts zu rechtfertigende Verbreitung der Kooptierung verschiedener leitender Funktionäre in den Mitgliederbestand der Plenums der Parteikomitees, der Rayonkomitees, Stadtkomitees, Gebietskomitees, Gaukomitees und ZK der nationalen Kommunistischen Parteien.

Die im ZK der KP(B)SU vorhandenen Angaben sprechen davon, daß sich die schädliche Praxis der Kooptierung eingebürgert hat und weit vorgedrungen ist. Die Praxis der Kooptierung verletzt die gesetzlichen Rechte der Mitglieder der Partei, an den Wahlen ihrer leitenden Organe Anteil zu nehmen, denn bei der Kooptierung werden die Mitglieder der Partei der Möglichkeit beraubt, an den Wahlen teilzunehmen, der Möglichkeit der Ablehnung untauglicher Kandidaten, nach ihrer Meinung wird überhaupt nicht gefragt, weil die Kooptierung im Plenum vor sich geht.

Die Kooptierung wird sehr breit angewendet. Das ist ein Uebel, an dem eine ganze Reihe von Organisationen leidet.

In den Gebietskomitees, Gaukomitees und ZK der nationalen Kommunistischen Parteien gibt es 11,6 Prozent kooptierte Plenumsmitglieder. Das ist die Durchschnittsziffer. In einzelnen Organisationen steigt der Prozentsatz der Kooptierten auf 22,8 Prozent (Kiewer) und sogar auf 26,2 Prozent (Weißrussische Organisation), d. h. mehr als ein Viertel des Plenums besteht aus kooptierten Mitgliedern.

Im Bestande der Rayonkomitees und Stadtkomitees gibt es Kooptierte: in der Moskauer Organisation 17 Prozent, in der Leningrader 17,2 Prozent, im Arow-Schwarzmeergau 17,5 Prozent, in der Dnjepropetrowsker 26,7 Prozent, in der Weißrussischen 28,9 Prozent, in der Woronesher 29,8 Prozent, in der armenischen 30 Prozent; d. h. beinahe ein Drittel sind Kooptierte.

Im Bestande der Büros der Rayonkomitees und Stadtkomitees in den Gebietsorganisationen schwankt der Prozentsatz der Kooptierten im Durchschnitt von 14 bis 59 Prozent der Gewählten. Im Westgebiet, in Armenien, in der Iwanowoer und der Karelsker Organisation sind mehr als die Hälfte der Mitglieder der Büros der Rayonkomitees und Stadtkomitees kooptiert. Dort kann man nicht feststellen, was vom gesetzlichen Bestande übrig blieb, der seinen Beginn auf die Wahlen zurückführt.

Das Ausmaß der Kooptierung geht so weit, z. B. auf dem Plenum des Kiewer Gebietskomitees am 19. Oktober 1934 ins Plenum auf einmal 14 Personen kooptiert wurden und darunter Aschrafjan, Dsenis, Sentschenko, Toder und andere, die gegenwärtig als Feinde der Partei entlarvt sind.

In Charkow blieben im Stadtkomitee der Partei von 158 Mitgliedern des Stadtkomitees und 34 Kandidaten, die auf der IV. Stadt-Partei-konferenz gewählt wurden, nur 59 übrig. Man kann diesen Bestand nicht als gesetzmäßig an-

(Fortsetzung auf der 3. Seite)



# Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der SSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

erkennen, da nur ein Drittel der Gewählten übrig geblieben ist. Seit der letzten Parteikonferenz sind 61 Personen in den Bestand des Stadtkomitees kooptiert worden, wobei das Büro des Stadtkomitees mit Ausnahme eines einzigen Genossen vollständig aus kooptierten besteht.

Euch ist bekannt, zu welcher Sachlage in der Parteiorganisation derartige Verhältnisse in Charkow führten.

Wenn man sich an einzelne Rayonkomitees der Partei wendet, so verfügt Ihr offenbar selbst über genügend reichliches Material betreffs der Kooptierungen. Ich denke, daß es bei uns nicht bloß ein Dutzend Rayonkomitees gibt, in denen die **Mehrheit** der Mitglieder des Rayonkomitees nicht gewählt, sondern kooptierte sind. Zum Beispiel sind im Malo-Archangelsker Rayon (Kursker Gebiet) von 23 Personen — 18 kooptiert, im Mzensker Rayon (Kursker Gebiet) von 26 — 22 kooptiert, im Homeler Stadtkomitee (Weißrußland) von 52 — 40 kooptiert, im Oranienbaum-er Rayon (Leningrader Gebiet) von 22 — 15 kooptiert, im Ustjuschinsker Rayon (desselben Gebiets) von 12 — 11 kooptiert usw.

Im Bestände der **Büros** einzelner Stadtkomitees und Rayonkomitees wird die Kooptierung ebenfalls breit praktiziert. Das Uljanowsker Stadtkomitee hat unter 12 Büromitgliedern 11 kooptierte. Im Schtschuschansker Rayonkomitee (Tscheljabinsker Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Semipalatinsker Rayonkomitee (Ost-Kasachstan) sind alle Büromitglieder kooptiert. Im Asbestower Stadtkomitee (Swerdlowsker Gebiet) sind alle Büromitglieder kooptiert usw.

Die Manieren der Kooptierung gingen so weit, daß manchmal die Minderheit kooptiert oder aus dem Bestände des Plenums ausschließt, d. h. von einer gesetzlichen Beschlußfähigkeit hier keinerlei Rede sein kann. Das zeigt, daß der Begriff der Beschlußfähigkeit in einer ganzen Reihe von Orten verwischt, verloren wurde. Zum Beispiel, im Leninrayon der Stadt Charkow versammelt sich am 4. April 1936 das Plenum des Rayonkomitees zusammen mit dem Aktiv, auf dem die Frage des Ausschlusses eines ganzen Bündels von Leuten aus dem Bestand des Rayonkomitees gestellt wird. Ungeachtet dessen, daß nicht wenig Zeit nach dem bekannten Beschluß des ZK, daß die Aktivsitzungen gesondert von den Plenarsitzungen einzuberufen sind, verfloßen ist, versammelt sich das Plenum des Rayonkomitees gemeinsam mit dem Aktiv. Weshalb war dies notwendig? Deshalb, weil im Plenum die gewählten Mitglieder „nicht zureichten“. Von den Mitgliedern des Stadtkomitees waren 10 oder 11 Personen anwesend, jedoch das Plenum führte aus seinem Bestände 12 Personen. 10 Personen verschlangen 12 Personen. (**Heiterkeit**).

Die Genossen hatten offenbar vergessen, daß sogar in der Periode des illegalen Bestehens der Partei, als die Kooptierung durch die Notwendigkeit hervorgerufen wurde, sie von einer ganzen Reihe einschränkender Bedingungen umgeben war.

Es ist noch wenig, daß die Plenums kooptieren, — es gibt Organisationen, die noch weiter gehen. Zum Beispiel das Plenum des Tuschiner Rayonkomitees, Kirowgebiet, faßte einen Beschluß, laut welchem dem neuen Bestand des Büros die Kooptierung in den Bestand der Mitglieder des Rayonkomitees übertragen wurde. Gemäß diesem Beschluß des Plenums kooptierte das Büro des Rayonkomitees 7 Personen und bestätigte die Kooptierung auf dem Plenum erst nach fünf Monaten, wobei bei der Bestätigung dieser sieben Mitglieder des Rayonkomitees nur 6 gesetzlich gewählte Mitglieder des Plenums des Rayonkomitees anwesend waren.

Die Praxis der Verletzungen der Wählbarkeit und ihrer Ersetzung durch Kooptierung erfaßte sehr viele leitende Organisationen, und bei ihrem Gewährlassen gingen auch primäre Parteiorganisationen denselben Weg. Bei uns in Leningrad zum Beispiel war das Parteikomitee des Kanonersker Werkes vor dem XVII. Kongreß gewählt worden, und während der drei Jahre, bei einem Bestand des Parteikomitees von 7 Personen, wurden 22 Personen kooptiert, d. h. das Parteikomitee wechselte dreimal seinen Bestand ohne normale Wahlen.

In der Kirowsker Fabrik verblieben 3 aus dem Bestände der Gewählten, die übrigen sind kooptierte.

In das Parteikomitee der Fabrik namens Shdanow wurden zu verschiedener Zeit 31 Mitglieder kooptiert.

In Verbindung damit, daß die Verletzung der Fristen der Wahlen und die Kooptierung bei uns zu weitverbreiteten Erscheinungen wurden, vergaß man in einer Reihe von Organisationen, wer gewählt worden war. Gerade auf dieser Grundlage konnte es zu solchen Tatsachen kommen, über die Sie gestern in der „Prawda“ gelesen haben, daß man in Odessa das Mitglied des Gebietskomitees der Partei Gen. Oleinikow verloren hatte und sich erst nach zwei Jahren wieder an ihn erinnerte, als er beunruhigt darüber, daß ihn niemand stört und heraufruft, selbst im Gebietskomitee erschien.

Im Leningrader Gebiet, in der Parteiorganisation der Fabrik „Krasny Keramik“ in Borowitschij stand am 4. Januar 1937 die Frage über Ergänzungswahlen in das Parteikomitee. Ich lese nach dem Protokoll: „Der Sekretär des Parteikomitees Gen. Rodionow informiert über die Erfüllung des ihm von der Parteiversammlung gegebenen Auftrags bezüglich der „dokumentalen Vergenauigung“ des Bestandes des Parteikomitees. Er teilte mit, daß nach den Dokumenten, die im Parteikomitee vorhanden sind, Swiderskij, Kusnezow, Danilow und Radionow Mitglieder des Parteikomitees sind. In der Liste des Parteikomitees zählen Gromowa, Sokolow, Kalinin, die aber durch Dokumente bestätigt werden. Boschosen: In den Bestand des Parteikomitees Klarheit zu bringen und ergänzend arbeitsfähige Genossen in dasselbe zu wählen.“

Unter anderem haben sich in dieser Versammlung zwei Mitglieder des Parteikomitees, die als gesetzlich gewählt betrachtet wurden, kategorisch davon losgesagt, sie wurden heftig überzeugt. Der Sekretär des Parteikomitees erzählte dann von den Schwierigkeiten der Erfüllung der ihm übertragenen Aufgabe, die Mitglieder des Parteikomitees „zu suchen“: „Ich suchte und suchte nach den Mitgliedern des Parteikomitees und hab' sie kaum gefunden“.

So steht es mit den groben Verletzungen der Gesetze unserer Partei über die Wählbarkeit der Parteiorgane und mit der Ersetzung der Wählbarkeit durch die Praxis der Kooptierung, die mit dem Geiste und den Traditionen unserer Partei nicht vereinbar sind.

### III. Die innerparteiliche Demokratie — ein unerschütterliches Gesetz des Parteilebens

Ueber die Praxis der Wahlen selbst. Die Mechanik der Wahlen ist bei uns oftmals so aufgebaut, daß den Parteimitgliedern die Möglichkeit genommen ist, sich frei zu den Kandidaturen auszusprechen, ihr Recht der Ablehnung und der Kritisierung unannehmbarer Kandidaten auszunutzen. Die Organisierung der Wahlen ist nicht darauf gerichtet, die wirkliche Möglichkeit der Prüfung jeder Kandidatur durch die Parteimasse sicherzustellen, sondern darauf, möglichst rascher, einfacher die Wahlen durchzuführen und sich der lästigen Kritik der Parteimassen in bezug auf diese oder jene Kandidatur zu entledigen. Bei uns verhält sich die Sache gewöhnlich so: der Sekretär des Parteikomitees macht einige Tage vor der Konferenz irgendwo in einer Ecke seines Notizbuches eine provisorische Aufstellung der Kandidaten. Dann wird eine Beratung der Sekretäre einberufen, in der die Liste formiert wird. Dann geht die Besprechung der Kandidaten in das „sinij konvert“, wie man bei uns den Seniorenkonvent nennt, und in die Beratung der Delegationen über. Die Besprechung der Kandidaturen erschöpft sich demnach in verschiedenen geschlossenen vorhergehenden Beratungen in „familiärer“ Ordnung, ohne besondere „Umstände“. Es ist ganz klar, daß, wenn die Beratungen der Sekretäre und der Delegationen die Frage im voraus entschieden haben, es außerordentlich schwierig ist, irgendeinen Kandidaten in der allgemeinen Versammlung oder in der Konferenz abzulehnen. In den Konferenzen selbst werden in der Regel Diskussionen über die Kandidaturen nicht eröffnet, die Abstimmung wird, nach Listen, aber nicht personell durchgeführt, und auf diese Weise verwandelt sich die Wahlprozedur in eine einfache Formalität. In den Konferenzen wird der Kurs auf Geschwindigkeit genommen. Als Vorsitzender wird eine Person hingesetzt, die mit aufgestülpten Ärmeln die Wahlen nach der Liste in irgendwie 20 Minuten „durch-

dreht“. Hier ergibt sich auch eine Demonstration voller Einmütigkeit, und für Einwände gibt es dem Wesen nach keine Möglichkeit. Anstatt den Leuten die Möglichkeit zu geben, in der eigentlichen Konferenz sich an der Besprechung zu beteiligen, einer breiten Kritik und der Ablehnung aufgestellter Kandidaturen den Weg freizugeben, wird die ganze Angelegenheit auf eine enge organisationelle „Technik“ hinausgeführt, die das eine Ziel verfolgt: sich gegen die Kritik der Parteimassen abzugrenzen.

Eine solche Praxis ist mit dem Geist und den Traditionen unserer Partei und denjenigen Aufgaben, die vor uns stehen, unvereinbar. Sie stellt eine verschleierte Verletzung der gesetzlichen Rechte des Parteimitglieds, eine Verletzung der Parteidemokratie dar.

Ueber die Kooptierung wollte ich noch eine Bemerkung machen. Ich will mich auf die Erfahrungen des Zentralkomitees unserer Partei beziehen. Wenn die örtlichen Funktionäre besser beim Zentralkomitee gelernt hätten, so würden wir nicht einen solchen Spielraum der Kooptierung zugelassen haben, den es in einer Reihe von Organisationen gab. Hat doch das Zentralkomitee während der Zeit seines Bestehens kein einziges Mitglied und keinen einzigen Kandidaten in das ZK kooptiert. Eine solche Praxis gibt es im Zentralkomitee nicht.

Der nächste ernste Mangel in der Sache der Beachtung der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus ist das weit verbreitete System der Ernennung der Parteileiter, der Sekretäre der Parteikomitees. Diese Praxis muß in der Richtung geändert werden, daß, wenn ein Parteikomitee beabsichtigt, im Bestände der Parteileitung einer niederen Organisation eine Veränderung vorzunehmen, — daß es verpflichtet ist, die vorgemerkte Kandidatur, vor dem Vorstellen derselben zur Bestätigung in der höheren Parteinstanz, derjenigen Parteiorganisation zur Besprechung vorzustellen, wohin der Sekretär empfohlen wird, und erst dann wegen der Sanktionierung in die höhere Organisation zu geben.

Bei uns gibt es nicht wenig Sekretäre der Parteikomitees, die in den Bestand des Parteikomitees nicht gewählt sind. Ich könnte hier einige Dutzend Leute nennen, die als Sekretäre von Parteikomitees nicht in den Bestand der Parteikomitees gewählt sind. Sie bekamen die Ernennung, bekamen die Kommandierungsbescheinigung, kommen an und setzen sich sofort an die Arbeit, der alte Sekretär aber legt, als Regel, keine Rechenschaft ab. Bei uns sind die „Selbstabrechnungen“ stark entwickelt, aber die Rechenschaftsablegung der Parteikomitees vor den Parteimassen ist offen ungenügend entwickelt.

Betreffs der Selbstabrechnungen. In der Form, in der bei uns die Selbstabrechnungen der Kommunisten praktiziert werden, sind sie ein bürokratisches Lustigmachen über die Parteimitglieder. Der größte Teil sind die Selbstabrechnungen mit dem Wählen im persönlichen Leben, im Familienleben des Kommunisten, aber durchaus nicht mit dem Aufklären seiner Avantgarderolle und Arbeit in den Massen verbunden. Wohinaus führen die Selbstabrechnungen? Davon sprechen einige Tatsachen. Die Parteiorganisation des Kolchos namens Dsershinski, Matwejewer Rayon, Orenburger Gebiet, hört die Selbstabrechnung des Kommunisten Sidorow an: „Er liest und abonniert keine Zeitungen. Mit der Frau lebt er nicht schlecht, mit den Kindern ebenfalls... In Betracht ziehen, daß Sidorow seine Familie nicht genügend erzieht“. Dies ist eine typische Selbstabrechnung.

Dieselbe Organisation fixierte zur Selbstabrechnung des Parteimitgliedes Masin, der seine Frau geschlagen hatte: „Familiendummheiten nicht mehr zulassen. In kürzester Frist die Familienverhältnisse regeln“. (**Heiterkeit**).

Im Sowchos namens Amosow, in Kasachstan, wird die Selbstabrechnung des Kommunisten Salirow angehört. Es wird der kurze Beschluß gefaßt: „Angehört: Die Selbstabrechnung Salirows. Beschlossen: Salirow zu verhaften“. (allgemeine Heiterkeit).

**Stimme:** Weswegen?

**Shdanow:** Hiert taucht eine andere Frage auf: hat die Parteiorganisation das Recht, ihre Mitglieder zu verhaften? So hat dieser Mensch sein Unglück heraufbeschworen!

In vielen Parteiorganisationen ist die Rolle der Plenums herabgesetzt. Die Plenums werden

(Fortsetzung auf der 4. Seite)



# Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der SSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

selten einberufen, mehr zur Behandlung von Parade- oder allgemeinen Fragen; Fragen der örtlichen Arbeit werden selten gestellt. Fragen über Wahlen und andere Fragen werden, wie ich schon betont habe, bei Abwesenheit der nötigen Anzahl Parteimitglieder behandelt und entschieden.

Das Watschker Rayonkomitee, Gorkier Gebiet, hat im Verlaufe des Jahres 1936 nicht ein einziges Plenum einberufen; Im Weselowsker Rayon, Dnjepropetrowsker Gebiet, wurde im Verlaufe von zehn Monaten nicht ein einziges Plenum einberufen. Im Tschelinsker Rayon in Tatarien und in einer Reihe anderer Rayonkomitees Tatarsiens wurde im Jahre 1936 7—8 Monate lang kein einziges Plenum einberufen. Wo bleibt da die kollektive Leitung?

Ebensolche Mängel auf der Linie der Herabsetzung der Rolle unserer wählbaren Organisationen gibt es auch in den primären Parteiorganisationen.

Im Projekt der Resolution ist ein Hinweis darauf enthalten, daß wir eine solche Lage sichern müssen, bei der in der primären Parteiorganisation die strenge Einhaltung der Ordnung der Wahlen der Parteikomitees in den allgemeinen Betriebsversammlungen gesichert und die Ersetzung der letzteren durch die Konferenzen nicht zugelassen wird. Dort wird auch auf die Notwendigkeit der Liquidierung der in einer Reihe von primären Parteiorganisationen vorhandenen Praxis der faktischen Aufhebung der allgemeinen Versammlungen und die Ersetzung der allgemeinen Versammlungen durch Abteilungsversammlungen und Konferenzen hingewiesen.

Stellt euch die Lage in einer großen Fabrik vor, in der es 1000—1500 Mitglieder der Partei gibt. Statt zur Wahl des Parteikomitees eine allgemeine Betriebs-Parteiversammlung einzuberufen, wird nach der Norm von einem Delegierten auf drei Mitglieder der Partei eine Fabrik-Konferenz einberufen, die allgemeine Fabrik-Parteiversammlung durch eine Konferenz ersetzt und die Wahlen durchgeführt; das heißt, dem Wesen nach werden zwei Personen von drei der Möglichkeit beraubt, an den Wahlen teilzunehmen. Ist das zulässig? Es ist klar, daß das in keinem Falle zulässig ist.

Die Rolle der allgemeinen Versammlungen ist herabgesetzt. In einer Reihe von Organisationen werden allgemeine Parteiversammlungen selten einberufen, mit Fragen des örtlichen Parteiens befäßt man sich wenig. Die Verletzung der Grundlagen des innerparteilichen Demokratismus zeigt sich auch in der Vorbereitung der Parteiversammlungen, wo die Parteimitglieder nicht rechtzeitig wissen, welche Fragen besprochen werden.

Ueber die Vorbereitung der Resolutionen der Parteiversammlungen. Nicht selten werden auf den Parteiversammlungen die Resolutionen in dieser oder jener Frage vorzeitig eingereicht oder von Meistern dieser Sache während der Versammlung selbst zusammengestellt, ohne zu berücksichtigen, was in den Debatten besprochen wurde. Bei uns ist die Formulierung in Mode: ein Projekt des Beschlusses auszuarbeiten „auf Grund des Meinungsaustausches“, in Wirklichkeit aber wird gerade dieser „Meinungsaustausch“ nicht berücksichtigt.

Das ist eine Erscheinung der größten Mißachtung der gesetzlichen Rechte der Mitglieder der Partei.

Unordentlich und gewissenlos-kaltblütig verhalten sich bei uns die Leute zu den Parteidokumenten und Beschlüssen. Wir alle müssen beim Zentralkomitee das Verhalten zu den Parteidokumenten lernen. Wenn wir jetzt die Rolle des Mitgliedsbuches und die Achtung zu demselben hoben, so kann das von sehr vielen unserer andern Parteidokumente nicht gesagt werden. Wie werden sie zusammengestellt, ausgefüllt, aufbewahrt? Nachlässig. Beim ZK müssen wir die außerordentliche Genauigkeit, Achtsamkeit und Akkuratess zu jedem Parteidokumente lernen. Wir haben in dieser Beziehung an Ort und Stelle eine große organisatorische Fahrlässigkeit, Gleichgültigkeit.

Absolut nicht unwichtig ist z. B. die Frage: haben die Mitglieder des Büros des Parteikomitees Materialien zur Besprechung auf den Sitzungen erhalten oder nicht, haben sie sie einen Tag früher erhalten, oder werden sie erst während der Sitzung selbst verteilt? Das ist auch eine Frage des innerparteilichen Demokratismus.

Diese Fragen scheinen kleinlich zu sein, aber letzten Endes schaden sie uns, insofern sie das Wachsen des Aktivs hemmen und ihm die Möglichkeit der aktiven und selbstständigen Beteiligung am Leben der Partei erschweren. In Verbindung damit entwickelt sich auch das Kommandieren und allerhand andere Sachen.

Ich möchte noch ein Beispiel der Verletzung der Prinzipien der kollektiven Leitung anführen. Es handelt sich um die sogenannten „Dreiecke“. Unter dem Deckmantel des „Dreiecks“, das aus dem Sekretär des Parteikomitees, dem Leiter des Betriebs oder der Anstalt und dem Vorsitzenden der örtlichen Gewerkschaftsorganisation besteht, existiert bei uns in einer Reihe von Organisationen neben den normalen gewählten Organen (Parteikomitee und Fabrikkomitee) eine eigenartige offiziell und regulär wirkende, von keinen Partei- und Sowjetgesetzen vorgesehene Organisation. Sie kommt zusammen, faßt Beschlüsse, gibt Direktiven zur Erfüllung usw. Vom Standpunkte der kollektiven Leitung, vom Standpunkte der richtigen Beziehungen zwischen den Partei-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsorganisationen stellt das Dreieck eine völlig unzulässige Form dar. Das ist Vetternwirtschaft, ein Übereinkommen dazu, um das Kritisieren zu erschweren. Und wenn schon diese drei einig geworden sind, probiere es, hinzugehen und sie zu kritisieren! Das entpersönlicht die Gewerkschafts- und Parteiorganisation, entwaffnet sie im Kampfe gegen die Mängel der wirtschaftlichen Leitung, andererseits aber entwaffnet es den Wirtschaftler, denn das Dreieck stellt etwas wie eine Art kollegialen Organs der Verwaltung dar, währenddem unsere wirtschaftliche Leitung auf eine ganz andere Art aufgebaut ist.

Die Dreiecke stellen eine Parodie, eine Karikatur, ein Surrogat der kollektiven Leitung dar. Wozu führt das? Hier bei uns in Leningrad, in der Fabrik namens Kalinin schloß man einen Kommunisten deswegen, weil er Kritik an der falschen Leitung der Stachanowbewegung seitens der Fabrikverwaltung übte, deswegen, weil er auf die Mängel in der Leitung hinwies, aus der Partei aus. Er wurde zum Nörgler gestempelt. Wir haben ihn als Mitglied der Partei wiederhergestellt, diejenigen bestraft, die ihm gegenüber in ungesetzlichster und grober Weise vorgegangen waren. Aber selbst diese Tatsache war nur durch das Vorhandensein des Dreiecks möglich geworden, das sich vorher darüber einig geworden war. Der Direktor kam hin und sagte: eine empörende Sache, man schimpft die Direktion! Ihm stimmten der Sekretär des Parteikomitees und der Vorsitzende des Fabrikkomitees zu. So kommt es zu Unterdrückung der Kritik, und dann ist es für die Arbeiter in einer solchen Fabrik schon schwer, ihr Recht zu erlangen.

Mir scheint, daß es Zeit ist, die Frage der Liquidierung der Dreiecke aufzuwerfen.

Worin besteht der Schaden aller oben angeführten Tatsachen der Verletzung der Grundlagen des demokratischen Zentralismus? Er besteht darin, daß eine solche Praxis das Wachsen der Aktivität und Selbständigkeit der Parteimitglieder hemmt, bei den Parteimitgliedern das Gefühl des Wirtes herabsetzt, das ideologische und politische Wachstum der Parteimitglieder hindert, den Parteimitgliedern ihre gesetzlichen Rechte der Kontrolle auch über die Tätigkeit der Parteiorgane entzieht und dadurch die richtigen Beziehungen zwischen den Leitern und den Parteimassen verletzt, die Partei angesichts der vor ihr stehenden Aufgaben schwächt.

## IV. Alles beseitigen, was das Wachsen des Parteiaktivs hindert

Für alle ist es klar, über welche gewaltigen Parteikader wir verfügen müssen, um erfolgreich die Aufgaben lösen zu können, die von der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus auf allen Gebieten, von der Einführung der neuen Konstitution, mit unserem weiteren Kampfe für den Kommunismus, diktiert werden, wieviel ergebnis- und selbstlose Genossen wir sowohl in der Partei, als auch außerhalb deren Grenzen, inmitten der Parteilosen brauchen!

Wir müssen aus unserer Parteipraxis alles das entfernen, was das Wachsen des Aktivs, die Entwicklung seiner Selbsttätigkeit und die Hebung seiner Rolle in der Leitung des Parteilebens, in der Besprechung aller Fragen der Parteipolitik, wie dies aus den Grundlagen der in-

nerparteilichen Demokratie hervorgeht,—hemmt und hindert.

Genosse Stalin lehrt uns stets, daß das Parteiaktiv besondere politische Bedeutung im Leben unserer Partei hat. Es ist der Durchführer der Beschlüsse unserer Partei. Wenn ein Parteibeschuß gefaßt ist, befindet sich sein Schicksal in den Händen des Aktivs. Das Parteiaktiv ist der Ausdruckgeber der „gesellschaftlichen Meinung der Partei.“

Gerade dadurch, daß unsere Partei verstand, breite Schichten des Aktivs herauszuschmieden und im Geiste Lenins-Stalins zu erziehen, lösten wir mit Erfolg die Grundaufgaben des sozialistischen Aufbaus, haben wir derartige gigantische, märchenhafte Siege.

Gerade in diesem Zusammenhang wurde auf Initiative des Genossen Stalin der bekannte Beschluß des ZK über die Versammlung der Parteiaktivs zur Besprechung der Beschlüsse des ZK der KP(B)SU gefaßt.

Eben deswegen müssen wir von unserem Wege alles beseitigen, was die Erweiterung der Kader unseres Aktivs, sein ideologisch politisches Wachsen, seine bolschewistische Stählung, seine organisatorische Festigung hindert. Die Aufgaben, die wir sowohl auf dem Gebiete des sozialistischen Aufbaus, als auch im Zusammenhang mit den bevorstehenden neuen demokratischen Wahlen lösen müssen, stellen die wichtigste Frage der Aktivierung jedes Kommunisten auf die Tagesordnung.

Unsere gesamte Zweimillionen-Parteimasse muß vollständig aktiviert werden, jeder Kommunist muß aktiver Organisator, Agitator und Propagandist für die Sache der Partei sein. Unter diesem Winkel muß unsere Organisations-, Agitations- und Propagandaarbeit umgestaltet werden.

Eine Bemerkung über die Propagandaarbeit. Der Hauptmangel in unserer Propagandaarbeit, auf den das ZK wiederholt hingewiesen hat, besteht darin, daß sie oftmals scholastisch abgerissen von den laufenden und brennenden Kampfaufgaben der Partei geführt wird. Unsere Propaganda muß so gestellt werden, daß die Aufgabe jedes Propagandazirkels, jeder Schule eine solche Erziehung der Kommunisten sei, bei welcher die Vervollständigung des Wissens und die Vervollkommnung der Parteimitglieder in der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Erziehung aktiver Propagandisten für die Sache der Partei sei. Das ist es, was man in unserer Propagandaarbeit als eines ihrer wichtigsten Prinzipien im Auge haben muß.

Ohne Liquidierung der großen Mängel, die wir in unserer innerparteilichen Praxis und in erster Reihe auf der Linie der Verletzungen der innerparteilichen Demokratie und der Wählbarkeit haben, können die neuen Aufgaben der Partei, die mit den demokratischen Wahlen verbunden sind, nicht gelöst werden und die Parteiorganisationen können sich vor diesen Aufgaben als unfähig erweisen. Und wenn wir die Wahlen nach dem neuen Wahlsystem durchführen wollen, so wie das die Partei verlangt, so wie das die Konstitution verlangt, wenn wir bei unseren Partei- und Sowjetarbeitern Achtung unserer Gesetze, bei den Massen Achtung der Sowjet-Konstitution gegenüber erzielen wollen—so müssen wir die Umgestaltung der Parteiarbeit auf Grund der unbedingten und vollen Verwirklichung der Grundlagen der innerparteilichen Demokratie, die im Statut unserer Partei vorgesehen sind, sichern.

Ausgehend davon müssen wir folgende Maßnahmen durchführen:

Erstens unbedingt die Praxis der Kooptierung liquidieren und entsprechend dem Statut die Wählbarkeit der leitenden Organe der Parteiorganisation wiederherstellen.

Zweitens, bei der Wahl der Parteiorgane die Abstimmung nach Listen verbieten und von der offenen Abstimmung zur geheimen und personellen Abstimmung übergehen. Dabei muß das unbegrenzte Recht der Ablehnung der aufgestellten Kandidaturen durch die Mitglieder der Partei und das unbeschränkte Recht der Kritik dieser Kandidaturen gesichert werden.

Im Zusammenhang damit ist es notwendig, die ersten Verletzungen der Wählbarkeit in unseren Parteiorganisationen in Betracht ziehend,

(Fortsetzung auf der 5. Seite)



# Die Vorbereitung der Parteiorganisationen zu den Wahlen in den Obersten Sowjet der Union der SSR nach dem neuen Wahlsystem und die entsprechende Umgestaltung der partei-politischen Arbeit

Bericht des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU am 26. Februar 1937

daß die Wahl der Parteiorgane, angefangen von den Parteikomitees der primären Organisationen und bis zu den Gau-Gebiets-Komitees und ZK der nationalen Kommunistischen Parteien durchgeführt wird, indem diese in den nächsten zwei Monaten verwirklicht und bis Ende Mai vollendet wird. Es ist notwendig, weiterhin die Fristen der Wahlen der Parteiorgane entsprechend dem Statut streng einzuhalten: in den primären Parteiorganisationen einmal im Jahr; in den Rayon- und Stadtorganisationen—einmal im Jahr; in den Gau-, Gebiets- und republikanischen Organi-

sationen—einmal in anderthalb Jahren.

Was die Parteiversammlungen anbelangt, so ist es notwendig, kategorisch die Praxis der Ersetzung der allgemeinen Parteiversammlungen durch Abteilungsversammlungen oder Konferenzen zu verurteilen und keine zweistufigen Wahlen in den Parteiorganisationen zuzulassen, sondern die Praxis der Wahl der unteren Parteiorgane unmittelbar in den allgemeinen Versammlungen einzuführen.

Das sind die Vorschläge, die ich hier formulieren wollte.

## Schlußwort des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU vom 27. Februar 1937

Genossen! In den Debatten wurde die Frage bezüglich der Umgestaltung der Arbeit der anderen Organisationen, hauptsächlich der Sowjetorganisationen berührt und einer Diskussion unterzogen. Man sprach hier auch über die Gewerkschaftsverbände, über den Komsomol und über andere Massenorganisationen. Das ist eine sehr wichtige Sache und wir müssen natürlich diese Organisationen vor den Wahlen im Geiste der Arbeiten umgestalten, die wir in der Parteiorganisation durchführen müssen.

Die Bedingung der Umgestaltung sowohl der Sowjet- und Gewerkschafts- und Komsomolorganisationen ist vor allem eine Umgestaltung der Parteiorganisationen selbst, als der hauptsächlichsten leitenden Kraft, als des leitenden Hauptkerns aller unserer Organisationen, wie das in unserer Konstitution niedergeschrieben ist. Ich denke nicht, daß wir uns lossagen dürfen und jetzt nicht eine Arbeit führen müssen zur entschiedenen Verbesserung der Arbeit der Massenorganisationen, der Gewerkschaften, Sowjets, Komsomol und so weiter, aber eine wirkliche Umgestaltung ihrer Arbeit ist natürlich damit verbunden, in welchem Maße es den Parteiorgani-

sationen gelingt, sich umzugestalten—das ist der Kern der Sache.

Jetzt bezüglich der Verletzungen der Wählbarkeit in den Parteiorganisationen, der Verbreitung der Kooptierung und über andere Verletzungen der innerparteilichen Demokratie und der Grundlagen des demokratischen Zentralismus. Aus den Aussprachen ist ersichtlich, daß die Sache sehr weit ging, daß die Gewohnheiten und Ueberbleibsel der vergangenen Perioden noch fest in den Köpfen unserer Funktionäre sitzen, die sich von unseren großen Erfolgen hinreißen lassen. Diese Angewohnheiten und Ueberbleibsel sind zweifellos mit einigen unmarxistischen Ansichten verbunden, die Genosse Stalin noch auf der XIII. Parteikonferenz im Jahre 1924 geißelte und die von der absolut unmarxistischen Vorstellung ausgehen, als sei unsere Partei ein „nicht selbsttätiger Organismus, der ein selbstständiges ideologisches und praktisches Leben führe, sondern etwas von der Art eines Systems von Behörden, unteren, mittleren, oberen.“ Genosse Stalin wies damals darauf hin, daß der Kampf gegen solche Ansichten eine laufende Aufgabe der Partei sei. Diese Anweisung des Genossen Sta-

lin muß in Verbindung mit den Tatsachen der bürokratischen Verzerrung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus in Erinnerung gerufen werden.

Von einer gewissen Losgerissenheit der leitenden Funktionäre vom Parteileben sprachen eine Reihe von Genossen und besonders überzeugend Gen. Chatajewitsch.

Gen. Chatajewitsch zeigte an Hand der Erfahrungen der Dnjepropetrowsker Organisation, wie das Aufgehen in der wirtschaftlichen Alltagsarbeit zu einem Verlieren des Geschmacks an der Parteiarbeit, zu einer Abschwächung der Parteiarbeit führt. Eine solche Lage ist typisch. Man muß daran erinnern, daß wir, indem wir uns mit kleinen Wirtschaftsangelegenheiten auf Kosten der Parteiarbeit überladen, vergessen, daß uns niemand die Parteiarbeit führen wird. Die Leitung der Parteiarbeit—das ist die Hauptfunktion der Parteiarbeiter, die Verantwortung für sie ist voll und ganz ihnen auferlegt.

Die Rede des Gen. Kabakow war ein Kennzeichen dafür, daß die Parteiarbeit in einer Reihe von Organisationen sehr stark vernachlässigt wird. Gen. Kabakow sprach über alles, außer der Parteiarbeit. Er sprach über die Kinomechanik, über den materiellen Teil des Kinos, über das Radio. Alles das sind sehr wichtige und sehr wesentliche Sachen. Aber als Genosse Molotow dem Gen. Kabakow die Frage stellte, wie es im Ural mit der Kooptierung stehe, umging er diese Frage. Demnach sind die Fragen der Parteiarbeit für Gen. Kabakow nicht Hauptfragen. Das zeigt, daß die Unterschätzung der Parteiarbeit nicht überwunden ist, daß in dieser Hinsicht der nötige Umschwung noch nicht eingetreten ist und daß mit den Leitern begonnen werden muß. Die Wendung zur Parteiarbeit hängt voll und ganz von der Wendung der Leitung der Parteiorganisationen ab.

Einige Worte über die Ordnung der Wahlen. Hier sprachen die Genossen davon, daß es notwendig sei, Anweisungen zu geben, wie eine geheime Abstimmung durchzuführen sei: wird es ein „Starenhäuschen“ (Urne) geben oder werden Rollen gedreht werden. Das ist eine sehr wesentliche Sache, aber jetzt brauchen wir nicht eine Instruktion, sondern müssen wissen, ob sich das Prinzip selbst rechtfertigt. Dem Prinzip der geheimen Wahl hat hier niemand widersprochen,

(Schluß auf der 6. Seite)

## Das Wesen der bolschewistischen Leitung

(Leitartikel der „Prawda“ vom 9. März.)

Im politischen Leben unseres Landes vollzieht sich eine scharfe Wendung. Die neue Konstitution führt zur weiteren Verstärkung der politischen Aktivität der Werktätigen, zu noch größerem Aufblühen der Sowjetdemokratie, neue Bevölkerungsschichten gliedern sich in die Verwaltung des Staates ein. Wie noch nie wuchs die Rolle unserer Partei, die berufen ist, an der Spitze dieser Wendung zu stehen und ihre Leitung in den bevorstehenden Wahlen der obersten Organe des Landes zu sichern. Die parteipolitische Arbeit der Partei in den Massen gewinnt jetzt neue, ganz außerordentliche Bedeutung. Es ist die Zeit gekommen, wirkliche Kunst bolschewistischer Propaganda, Agitation, organisatorischer Tätigkeit an den Tag zu legen.

Mit aller Geradheit muß gesagt werden, daß weit nicht alle Parteiorganisationen deutlich ihre Aufgaben begreifen. Nach Beispielen braucht man nicht weit zu gehen. Das Plenum des ZK der Partei vermerkte Tatsachen schreiender Vernachlässigung der parteipolitischen Arbeit im Asowschwarzmeer-Gaukomitee, im Kiewer Gebietskomitee, im ZK der KP(B)Ukr. und in

anderen Parteiorganisationen. Einseitiges Begeistern für die Wirtschaft, bei Fehlen der Aufmerksamkeit für die parteipolitischen Fragen, schwächte die Verbindung unserer Organisationen mit den Massen. Die Leute begannen sich mit Erfolgen einzulullen, dies erzeugte Schlafmützigkeit, Prahlerei und die idiotische Krankheit — Sorglosigkeit.

Es ist notwendig, daß ausnahmslos alle Kommunisten die Eigenart des Moments begreifen, den wir durchleben, daß sie das Wesen der von unseren Parteiorganisationen zugelassenen Fehler verstehen und sich auf neue Bahnen umstellen. Wir, die Kommunisten, sind Menschen der Aktion, des revolutionären Kampfes, wir ziehen die Lehren, um die Fehler nicht zu wiederholen.

Es ist kein Geheimnis, daß viele Sekretäre der Parteikomitees mehr Ingenieuren, Agronomen, Buchhaltern ähnlich geworden sind, und aufgehört haben, daran zu denken, daß sie an der Spitze von Parteiorganisationen stehen, deren Aufgabe es ist, die Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen zu lenken, zu leiten. Sie haben vergessen, daß sie die politischen Leiter der Massen sein sollen,

die verstehen, den Feind rechtzeitig zu erkennen und aufzudecken.

Muß wohl bewiesen werden, daß das Begeistern für die wirtschaftliche Arbeit und das Vergessen der parteipolitischen Fragen eine verderbliche Sache für uns ist? Sobald sich die Parteiorganisation in eine produktions-technische verwandelt, verliert sie die richtige politische Orientierung, vergessen die Kommunisten die kapitalistische Einkreisung, die Feinde, werden zu Eigenbröttern, die nicht weiter als ihre Nase blicken. In der Vorstellung solcher Kommunisten existieren hauptsächlich nur Maschinen, Tara, Ersatzteile, Verträge, Berechnungen, und ihnen entfällt das Wichtigste — die Menschen, die Werktätigen, deren politische Organisatoren und Leiter zu sein sie verpflichtet sind.

Solche Extreme brauchen wir nicht. Sie widersprechen der Lehre Lenins-Stalins. Man darf nicht die Parteiarbeit der wirtschaftlichen entgegenstellen und sich nur in eine derselben vertiefen; man darf weder die eine, noch die andere vergessen.

Inzwischen gibt es aber bereits Symptome, daß sich manche Parteiorganisationen nur auf die andere Seite stürzen und die wirtschaftlichen Fragen vernachlässigen können. Es gibt bereits Gespräche darüber, daß „es nun leichter sein werde“, daß

„viele Pflichten abgenommen wurden“, daß man „sich nun mit der Saat nicht zu befassen brauche“ usw.

Solche Stimmungen sind ebenso verderblich für die Partei, wie auch die Ignorierung der parteipolitischen Arbeit, das Begeistern nur allein für wirtschaftliche Sachen. Das muß bis zu Ende begriffen werden, denn wenn solche Stimmungen irgendwie weite Verbreitung finden werden, besonders jetzt, wo sich das Land am Vortage der Frühjahrsaussaat befindet, — wird unser wirtschaftlicher Aufbau bedeutenden Schaden erleiden.

Woher kamen aber derartige Stimmungen? Sie erschienen als Resultat dessen, daß sich viele Kommunisten, und darunter auch Leiter, die Rolle der Partei im System der Diktatur der Arbeiterklasse nicht richtig vorstellen, um so mehr in der heutigen Periode, wo die Sowjetdemokratie in noch breiterem Maße verwirklicht werden muß, daß sie die hierüber gegebenen Weisungen Lenins und Stalins nicht kennen.

Wir verantworten für die Wirtschaft als Partei, die die Seele der Diktatur der Arbeiterklasse ist. Wir Kommunisten haben kein Recht, die Wirtschaft zu verlassen, und tragen die ganze Fülle der Verantwortung für den sozialistischen Aufbau.

Doch die Parteiorganisationen sollen nicht die Sowjet- und Wirtschaftsorgane erset-

zen und entpersönlichen, die sich unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Aufbau, mit den Finanzen, mit der Planung usw. beschäftigen. Die Parteikomitees dürfen nicht in Stäbe des Wirtschafts- und Sowjetaufbaus ausarten. Die Partei ist die grundlegende leitende Kraft im System der Diktatur der Arbeiterklasse — lehrt Genosse Stalin. „Ihre Bestimmung besteht darin, die Arbeit ausnahmslos aller Massenorganisationen des Proletariats zu vereinigen und ihre Handlungen auf ein Ganzes, auf das Ziel der Befreiung des Proletariats zu lenken“ (Stalin).

Das heißt, daß die Partei die Sowjet-, Wirtschafts-, Gewerkschaftsorganisationen allseitig festigt, durch diese ihre Beschlüsse verwirklicht, deren Autorität hebt, ihrer gesamten Arbeit die Richtung gibt. „Die Diktatur des Proletariats, — sagt Genosse Stalin, — besteht aus den leitenden Anweisungen der Partei plus Durchführung dieser Anweisungen durch die Massenorganisationen des Proletariats plus ihrer Verwirklichung durch die Bevölkerung“.

Auf welcher Grundlage aber, fragt es sich, ersetzen die Parteiorganisationen die Sowjets, die Landabteilungen, beseitigen sie diese faktisch von der Leitung der Wirtschaft, machen sie sich an ausnahmslos alle Angele-

(Schluß auf der 6. Seite)



# Schlußwort des Genossen SHDANOW auf dem Plenum des ZK der KP(B)SU vom 27. Februar 1937

im Gegenteil, die Genossen hoben die außerordentliche Wichtigkeit und die wesentliche Bedeutung der geheimen Abstimmung für die Sicherung einer wirklichen Freiheit der Wahlen hervor. Der Prozeß der Wahlen selbst wird offensichtlich in zwei Stadien geteilt werden. Das erste Stadium, in der eine vollständig offene Besprechung der Kandidaturen verläuft. Jeder Beliebige hat das Recht, eine beliebige Kandidatur in das zu wählende Parteikomitee aufzustellen und zu verteidigen. Das ist das erste Stadium. Dann wird über die besprochenen Kandidaturen in geschlossener Abstimmung abgestimmt.

Man kann als Muster und Beispiel die Praxis der Wahlen des ZK auf den Parteitag nehmen, wo die Wahlen in geheimer Abstimmung vorgenommen werden. Ich denke, daß diese Praxis voll und ganz von den örtlichen Parteiorganisationen ausgenutzt werden kann.

Jetzt bezüglich der Kooptierungen. Einige Genossen weisen darauf hin, daß die erweiterte Anwendung der Kooptierung damit verbunden sei, daß es nötig werde, Sekretäre und andere verantwortliche Parteileiter zu versetzen und sie kraft dessen in diese oder jene Parteikomitees eingeführt werden. Wenn bei uns die Wahlen der Parteiorganisationen in den genau festgesetzten Fristen durchgeführt werden, so wird es keine Schwierigkeiten geben, wenn ein Mensch 2—3 Monate nicht gewählt sein wird. Er wird die Obliegenheiten des Sekretärs erfüllen, wird aber nicht Mitglied des Parteikomitees sein, auf der bevorstehenden Konferenz aber kann er in das Parteikomitee gewählt werden. Es kommt bei uns jetzt vor, daß ein Parteileiter gleichzeitig mit dem Erhalt dieses oder jenes Parteipostens Mitglied des Parteikomitees wird. Das ist gar nicht obligatorisch. Er wird bis zur Konferenz die Pflichten des Sekretärs erfüllen, ohne Mitglied des Parteikomitees zu sein.

Die nächste Bemerkung. Bei uns war die Kooptierung in gewissem Maße mit der Fluktuation der Kader verbunden, mit der öfteren Ueberwerfung der Funktionäre.

Die aufgetretenen Genossen haben hier von der „Armut“ an Kadern gesprochen, welche sie angeblich zwingt, ständige Umgruppierungen und Ueberführungen von Menschen vorzunehmen. Sie

vergessen, daß wir außerordentlich viele Reserven und Möglichkeiten zur Beförderung neuer Kader haben. Schauen sie nur, wie schnell bei uns die Menschen, die sich innerhalb und außerhalb der Partei befinden, wachsen, schaut auf das Wachsen der Stachanowleute, ja und nicht nur der Stachanowleute. Oder nehmt die Bewegung der Frauen der Kommandeure der Roten Armee und der Funktionäre der Industrie, erinnert Euch an die unlängst stattgefundenen Unionsberatungen. Was die Klarheit, die Saftigkeit, die Vollwertigkeit ihrer Auftritte, was die Wahl neuer Formen und neuer Methoden der Agitation anbelangt, nach der Reichhaltigkeit der Themen, dem Inhalt und der Form der Rede nach können viele von Ihnen, mein Ehrenwort, manche unserer patentierten und abgeblähten Agitatoren in die Tasche stecken. Leute gibt es um uns herum eine Masse, Leute gibt es viele, solche Leute, die schon lange auf Beförderung warten, aber wir sehen sie nicht infolge der Mängel des Demokratismus bei uns, der Mängel, die uns daran hindern, die neuen Menschen zu sehen, und viele Menschen warten bei uns vergebens; sie werden, indem sie vergeblich warten und übergangen werden, zu einer Reserve der Unzufriedenen innerhalb unserer Partei. Von diesem Gesichtspunkte aus hilft uns der Uebergang zur geheimen Abstimmung, der Uebergang zur wirklichen Wählbarkeit unserer Parteiorganisationen, die gewaltige Reserve der Parteikader, die es bei uns gibt, hervorzuheben. Schon Lenin sagte seinerzeit, als es bei uns wirklich wenig Kader von Funktionären gab, daß man diejenigen bestrafen müsse, die sagen, daß es bei uns wenig Kader gebe.

Einige Worte über die Agitation. Hier haben die Genossen richtig gesprochen, daß unsere Agitation in der Hauptsache die vorangehenden Arbeiter, einzelne Kolchose erfaßt. Sie erfaßt überhaupt nicht gewaltige Schichten der Bevölkerung, die bereit sind, uns zu helfen, zu beliebiger Zeit bereit sind, Antwort zu geben und unsere Freunde zu sein, Bolschewiki außerhalb der Partei zu sein. Ich habe hier die Intelligenz im Auge, die Angestellten, die Hausfrauen, ja und nicht nur sie. Man muß direkt sagen, daß wir mit der Agitationsarbeit sogar nicht alle Ar-

beiter der großen Betriebe erfassen, im Dorfe aber arbeiten wir nur in einem Teil der Kolchose. Wir haben noch Kolchose, in die die Rayonsarbeiter nur zwei-dreimal im Jahre hinkommen, es gibt aber auch noch viele Kolchose, ein großer Teil schwacher — und darin liegt die Hauptgefahr, — vergessener Winkel, von denen Gen. Eiche gesprochen hat und die von niemandem besucht werden, weil man sich von ihnen abgewandt hat. Das ist absolut falsch, man muß gerade mit den Arbeitern, Kollektivistern, Angestellten und andern Werktätigen verstärkt arbeiten, die von uns noch nicht genügend mit politischem Einflusse erfaßt sind.

Der Inhalt unserer Agitation antwortet oft nicht auf die von den Arbeitern gestellten direkten und aufrichtigen Fragen. In Verbindung mit jeder beliebigen unserer Maßnahmen erhalten wir eine Masse von Fragen und Wiederhall, in den Parteikomitees werden Listen dieser Fragen aufgestellt, aber auf diese Fragen wird oft nicht geantwortet, man umgeht es, auf schwierige Fragen zu antworten. Das ist falsch, unsere Agitation muß eine wahrheitsgetreue Agitation sein, unsere Agitation muß auf alle Fragen der Arbeiter antworten und sie nicht ohne Aufmerksamkeit lassen, denn, wenn wir nicht antworten, so wird sonst irgendwer für uns antworten, — ein geeigneter Ort bleibt nicht ohne Besucher.

Und schließlich, die Frage über unsere Agitkollektive, deren Arbeit sich in großer Vernachlässigung und Verwilderung befindet. Sie bedienen ebenfalls in der Hauptsache die Fabrik-Werksbetriebe. Was aber die Agitatoren betrifft, die in den Wohngenossenschaften, in den Hochschulen und technischen Hochschulen, unter den Angestellten, der Intelligenz arbeiten müßten — soweit sind unsere Parteiorganisationen noch nicht gekommen. Es ist notwendig, sich auch mit diesen Kadern von Leuten zu versehen. Möglichkeiten haben wir hier außerordentlich viele. Alles ist in unseren Händen: das Radio, und Kino, und Zeitungen, und der Teufel weiß wie viele Mittel der Agitation!

Nützen wir diese Mittel auch aus? Vollständig ungenügend. Es handelt sich darum, diese Arbeit zu ordnen, und das ist eine sehr ernste Sache.

## Das Wesen der bolschewistischen Leitung

(Schluß)

genheiten? Genosse Stalin wies, von der leitenden Rolle der Partei sprechend, auf folgendes hin: „Das heißt natürlich nicht, daß die Partei die Gewerkschaften, Sowjets und andere Massenorganisationen ersetzen kann oder soll. Die Partei verwirklicht die Diktatur des Proletariats. Doch sie verwirklicht diese nicht unmittelbar, sondern mit Hilfe der Gewerkschaften, durch die Sowjets und ihre Abzweigungen. Ohne diese „Transmission“ wäre eine irgendwie feste Diktatur unmöglich.“

Also, der Leninismus lehrt, gegen die feindlichen Extreme zu kämpfen. Für die Partei ist das Vergessen der parteipolitischen Fragen und das Aufgeben der Leitung der Wirtschaft gleichermaßen verderblich. Es ist notwendig, die parteipolitische Arbeit und die Leitung der Wirtschaft geschickt zu verbinden, sich dabei wirklich auf die Sowjet- und Wirtschaftsorganisationen stützend.

Was aber ist zu tun, damit diese Organisationen vollständig kampffähig seien und die Anweisungen der Partei und Regierung erfolgreich verwirklichen?

Vor allem — ihre Kader festigen, Leute auswählen, die fähig sind, selbstlos und ergeben, mit tiefer Sachkenntnis die Wirtschaft zu leiten.

Dieses Problem, das Pro-

blem der Auswahl der Kader, steht besonders scharf auf dem Gebiet der Leitung der Landwirtschaft. In der Industrie steht die Sache etwas besser. Hier haben sich die Kader im großen und ganzen bereits gebildet, gingen eine große Schule im Kampfe um die Verwirklichung der Stalinschen Fünfjahrpläne durch. In den landwirtschaftlichen Organisationen jedoch sind die Kader schwächer und weniger vorbereitet, und die Parteiorganisationen müssen und werden sich noch mit Kleinigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaus solange beschäftigen müssen, als die Landorgane nicht wirklich gefestigt sein werden.

Vor jeder Parteiorganisation erhebt jetzt in voller Größe die Frage der Auswahl der Kader für die Leitung der Landwirtschaft. Diese Arbeit ist eine große, komplizierte, die bestdurdachtes Verhalten erfordert. Die Kader müssen ausgewählt werden, indem man sich vom wirklichen Wert jedes Arbeiters, aber nicht von dem falschen Prinzip „unser Mann“ leiten läßt. Persönliche Bekanntschaft, persönliche Ergebnisse — das sind spießliche Merkmale und von ihnen darf man sich bei der Auswahl der Leute nicht leiten lassen. Die Kader müssen auf der Grundlage des Lenin-Stalinschen Prinzips der politi-

schen Prüfung der Menschen, ihrer Ergebenheit für die Partei, deren ZK und ihrer Sachlichkeit ausgewählt werden.

Es beginnt die Zone der gründlichen Umgestaltung der Arbeit der Parteiorganisationen. Ihr Erfolg wird davon abhängen, wie das Parteiaktiv seine Aufgaben versteht, wie es die Kommunisten mit sich führen wird. Die Beschlüsse des Plenums des Zentralkomitees müssen bis zu jedem Kommunisten gebracht werden. Sie müssen allen Werktätigen breit bekannt sein. Es steht nicht wenig Arbeit bevor. Deshalb ist es schädlich und dumm, die Sache, wie dies einige Zentralzeitungen tun, so darzustellen, als ob die Partei und das ganze Volk die Beschlüsse des Plenums des ZK bereits studiert und erfaßt hätten, diese Beschlüsse sind den Massen noch nicht richtig bekannt, aber schwatzhafte Zeitungsleute reden bereits von allgemeinen Begrüßungen und Billigungen. Eine derartige Darstellung der Wirklichkeit entwarfnet die Parteiorganisationen und kann nichts außer Schaden bringen.

Ohne Hinüberstürzen von einer Seite auf die andere, fest eingedenk der Weisungen Lenins und Stalins, und sie verwirklichend, wird unsere Partei in gemessenem Schritt an der Spitze der Massen zu den Höhen der kommunistischen Gesellschaft schreiten.

## Die Niederlage der italienischen faschistischen Interventionen an der Front von Gaudalajara

Am 20. März griffen 30 republikanische Jagdflugzeuge eine Abteilung Faschisten auf der Straße von Almadrones nach Algora an. Während des Luftkampfes wurden drei faschistische Flugzeuge abgeschossen. Die republikanischen Bombenflugzeuge bombardierten eine nach Algora fahrende Kolonne von 500 faschistischen Lastautos. Auf die Station Siguenza warf ein republikanisches Geschwader 142 Bomben auf die dort stehenden 15 Eisenbahnzüge mit Kriegsmaterial. Nach der starken Explosion zu urteilen, wurde ein Brennstofflager vernichtet. Während der Bombardierung wurde ein faschistisches Flugzeug abgeschossen. Die Republikaner verloren an diesem Tage ein Flugzeug.

Am 21. März besetzten die Republikaner den Punkt Valdemozo de Tajuna, nahmen dabei 61 Italiener gefangen, erbeuteten viele Kriegs- und Lebensmittelvorräte. Am selben Tage rückten die Republikaner in Cogolor (20 km nördlich von Brihuega) ein, wobei sie 74 Italiener gefangen nahmen. 7 Kilometer von der Aragoner Straße und 15 Kilometer von Brihuega besetzten die Republikaner das Dorf Padila de Ita. Die flüchtenden faschistischen Truppen werden vom Feuer der republikanischen Maschinengewehre verfolgt. Unter den

Gefangenen sind viele Italiener.

Im Rayon Iela, Mazegosa und Gogolor konzentrierten die Aufständischen starke Kräfte. Die Republikaner griffen den Gegner an und besetzten alle drei Punkte. Am 21. März rückten die Republikaner 5 — 7 Kilometer vor.

### „STALINIST“

muß in jedem Heim des Kollektivisten und Arbeiters sein. Beilte euch noch vor dem 1. April 1937 eure Zeitung zu bestellen. Bestellungen werden von jedem Briefträger und Postamt entgegen genommen.

„Stalinist“ kostet nur für

1 Monat 75 Kop.  
3 Monate 2 Rbl 25 Kop.  
6 — — 4 Rbl 50 Kop.  
1 Jahr 9 Rbl.

Jeder lese und verbreite „Stalinist“!

Die Redaktion

Verantwortlicher Redakteur:

GEORG WERBACH

Dorf Gnadenflur, Kantontypographie der Zeitung „Stalinist“. Bevollmächtigter der Hauptverwaltung № 5—59. Auflage 550 Exempl.